

Neues Selbstverständnis

Aus größerer außenpolitischer Verantwortung ist konkrete deutsche Politik geworden

von Manuela Glaab

Das seit Anfang der neunziger Jahre immer wieder erhobene Postulat einer gewachsenen internationalen Verantwortung des vereinten Deutschlands ist zu konkreter Politik geworden. Augenfälliger Beleg hierfür sind die Auslandseinsätze deutscher Soldaten in Kosovo, in Mazedonien und nicht zuletzt in Afghanistan. Wenige Wochen nach dem 11. September 2001 und nur wenige Tage nach dem erstmals festgestellten Bündnisfall laut Artikel 5 des NATO-Vertrags bekräftigte Bundeskanzler Gerhard Schröder in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag, dass sich die Bundesrepublik nicht länger auf „sekundäre Hilfsleistungen“ humanitärer, logistischer oder finanzieller

Art beschränken könne. Diese „Etappe deutscher Nachkriegspolitik“ sei vielmehr „unwiederbringlich vorbei“.

Zählt die Beteiligung an militärischen Aktionen demnach fortan zur Ultima Ratio deutscher Außenpolitik, so wird gleichzeitig an tradierten Prämissen festgehalten. Wie Außenminister Joschka Fischer im Frühjahr dieses Jahres im Rahmen der „Weimarer Reden“ nochmals unterstrich:

„Eine kluge Selbstbeschränkung, eine klare Absage an jede Form von außenpolitischer Renationalisierung und vor allem der entschiedene Einsatz für die Vollendung der europäischen Integration müssen weiter unsere Konstanten bleiben.“

Charakteristisch für das außenpolitische Selbstverständnis Deutschlands ist offenbar auch weiterhin jenes

sensible Spannungsverhältnis zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung, das Helga Haftendorn zum Titel ihrer großen Studie über die deutsche Außenpolitik wählte. Gerade in Zeiten, da sich die externen Bedingungsfaktoren rapide verändern, lohnt sich die Vergewisserung über die historischen Entwicklungslinien und die außenpolitischen Grund-

konstanten der Bundesrepublik. Die emeritierte Professorin am Berliner Otto-Suhr-Institut und profunde Kennerin der Materie leistet in dem umfangreichen Band aber weit mehr als nur eine chronologische Rückschau von 1949 bis in das Jahr 2000. Systematisch arbeitet sie die spezifischen Wechselwirkungen in dem internationalen System heraus, das jahrzehntelang bestimmt wurde von



Spannungsverhältnisse
deutscher
Außenpolitik.

der weltpolitischen Konstellation der Bipolarität und dem daran angepassten Handeln der außenpolitischen Akteure. Wie es gelang, dass sich das geteilte, sowohl durch seine verhängnisvolle Geschichte als auch durch den Ost-West-Konflikt eingebundene Deutschland wieder zu einem geachteten Mitglied der Völkergemeinschaft entwickeln und schließlich auch wiedervereinigen konnte, ist die Leitfrage der Autorin.

Im Zentrum ihres in zehn Hauptkapitel untergliederten Buches steht die westdeutsche Außenpolitik, ohne jedoch den anderen deutschen Staat aus dem Blick zu verlieren. Die Studie konzentriert sich auf die Hauptaktionsfelder im euroatlantischen Raum: Sicherheit, deutsche Frage, europäische Integration und außenwirtschaftliche Entwicklung. Darüber hinaus findet die Außenpolitik der DDR in einem eigenen Kapitel Berücksichtigung. Kern des Untersuchungsmaterials bilden Originaldokumente und Dokumenteneditionen zur deutschen Außenpolitik.

Die beiden deutschen Staaten sieht *Haftendorn* als strukturell abhängige Systeme, die in ihrer Außenpolitik große Anpassungsleistungen auch zu Lasten innenpolitischer Auseinandersetzungen erbringen mussten. Nur wenn sich die äußeren Bedingungen veränderten, wandelte sich demzufolge auch die Außenpolitik Bonns und Ost-Berlins. Trotz einer vergleichbaren geostrategischen Lage verlief die Entwicklung jedoch höchst unterschiedlich: Während die DDR ebenso wie ihre „sozialistischen Bruderstaaten“ in einseitiger Abhängigkeit von

der Sowjetunion verharrte, konnte die Bundesrepublik als „Vorposten der Freiheit“ bald außenpolitisches Gewicht gewinnen. Schon in der Konstitutionsphase folgte Konrad *Adenauer* dem Grundprinzip „Souveränitätsgewinn durch Souveränitätsverzicht“. Wiedergutmachung, Aussöhnung mit Frankreich und multilaterale Kooperation waren Kernbestandteile seiner Strategie der Westintegration. Die Weichenstellungen in der Europa-Politik waren auch gekennzeichnet vom Prioritätenkonflikt zwischen transatlantischer und europäischer Orientierung, der *Haftendorn* zufolge den Handlungsspielraum der Bundesrepublik weiter einschränkte. Sicherheitspolitisch – dies machte bereits die 1966 im Rückzug Frankreichs gipfelnde NATO-Krise deutlich – war das Atlantische Bündnis mit den USA als Führungsmacht alternativlos. Berechenbarkeit und Verlässlichkeit blieben stets zentrale Prämissen der Bonner Außenpolitik.

Mit der weltpolitischen D tente Ende der sechziger Jahre erfolgte auch eine Neuorientierung der deutschen Außenpolitik. Nachdem die sozialliberale Koalition mit ihrer Deutschland- und Ostpolitik die Abkehr von *Adenauers* Politik der Nichtanerkennung der DDR vollzogen hatte, erweiterte sich der internationale Handlungsspielraum der Bundesrepublik erheblich. Sie konnte nicht nur einen Modus Vivendi für den Status quo in Europa erreichen, sondern fortan auch Einfluss im Rahmen des KSZE-Prozesses sowie der UN nehmen. Versuche einer Gleichgewichtspolitik, wie sie Bundeskanzler Helmut

Schmidt mit dem Europäischen Währungssystem (EWS) verfolgt habe, besaßen nach *Haftendorn* jedoch nur auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik Erfolgchancen. Im Bereich der Sicherheitspolitik hingegen seien entsprechende Initiativen wenig aussichtsreich gewesen. So rückte das deutsche Interesse an einer Aufrechterhaltung der europäischen Entspannung zusehends in den Schatten der „neuen Eiszeit“ zwischen den Supermächten. Zur Raketenstationierung nach dem NATO-Doppelbeschluss sei der Bundesrepublik trotz heftiger innenpolitischer Kontroversen (die maßgeblich zum Sturz der Regierung *Schmidt* beitrugen) keine Alternative geblieben.

Unter der Regierung von Helmut *Kohl* wurde, wie die Autorin weiterhin überzeugend darlegt, die „Methode Adenauer“ neu akzentuiert nach dem Prinzip „Selbstbehauptung durch Selbstbeschränkung“. So wurden auf dem Gebiet der Europa-Politik Integrationsfortschritte traditionell im Tandem mit Frankreich erzielt; zurückhaltend im Auftreten habe Deutschland doch eigene Vorstellungen auf dem Weg zur EU umsetzen können. Markantestes Beispiel ist zweifelsohne die Wirtschafts- und Währungsunion, durch die Frankreich einem Übergewicht des D-Mark-Raums entgegenwirken wollte. Europäische Zentralbank und Stabilitätspakt tragen dennoch „deutsche Handschrift“. Ähnlich wie der erste Bonner Bundeskanzler habe auch *Kohl* auf das bewährte Prinzip der „Männerfreundschaften“ und Akte symbolischer Politik gesetzt, die zur Vertrauensbildung beitrugen.

Während der „Zwei-plus-Vier“-Verhandlungen über die äußeren Aspekte der deutschen Einheit konnte die Bundesrepublik hiervon profitieren. Zugleich wurde noch einmal deutlich, wie eng der Handlungsspielraum in der deutschen Frage war. Erst die Überwindung des Ost-West-Konflikts eröffnete auch die Chance zur Überwindung der deutschen Teilung. Die aktive Unterstützung der USA und das Einlenken Michail *Gorbatschows* in der Frage der Bündnismitgliedschaft waren entscheidende Erfolgsbedingungen auf dem Weg zum „Zwei-plus-Vier“-Vertrag, mit dem die „Souveränitätslücke“ deutscher Außenpolitik endgültig geschlossen wurde.

Ihrem selbst formulierten Anspruch, eine „Strukturgeschichte“ deutscher Außenpolitik schreiben zu wollen, die Entwicklungsmuster wie auch die spezifische Interaktion zwischen Akteur und System erklärt, ist *Haftendorn* zweifelsohne gerecht geworden. Dass sie hierbei interne Bedingungsfaktoren keineswegs übersieht, zeigt die aktuelle Trendbeobachtung: „Die Innenpolitik ist in die Außenpolitik zurückgekehrt“. Nach dem Wegfall äußerer Restriktionen komme gesellschaftlichen Anforderungen im vereinten Deutschland gewachsene Bedeutung zu. Wenn Bundeskanzler *Schröder* den Akzent – zumal in der Europa-Politik – stärker auf Gesten der Selbstbehauptung lege, dann trage er dem Rechnung. Zweifelsohne behielten aber auch die Vorgängerregierungen die öffentliche Meinung stets im Blick. Es waren in der Geschichte der Bundesrepublik

Deutschland gerade die großen außenpolitischen Weichenstellungen, die zu tief greifenden innenpolitischen Kontroversen führten, die mitunter wahlentscheidendes Gewicht besaßen; genannt seien hier nur die Auseinandersetzungen um die Wiederbewaffnung, die Ostverträge und die NATO-Nachrüstung.

Nach 1990 vergrößerte sich der außenpolitische Handlungsspielraum Deutschlands grundlegend. Dennoch vollzog sich, *Haftendorn* zufolge, im ersten Jahrzehnt nach der Vereinigung nur ein gradueller Wandel der auf Kontinuität bedachten deutschen Außenpolitik. Die heftigen Gegenreaktionen nach der vorzeitigen Anerkennung Kroatiens und Sloweniens im Jahr 1991 hätten dazu geführt, dass Deutschland die multilaterale Ausrichtung seiner Außenpolitik eher noch stärker betont habe. Als wichtige Veränderung wertet sie die deutsche Beteiligung an militärischen Einsätzen außerhalb des NATO-Bündnisgebiets, selbst ohne UN-Mandat. Weniger der fehlenden Mandatierung als der gewandelten Begründung misst sie besondere Relevanz bei: War die historische Belastung Deutschlands 1991 noch Argument für die Nichtbeteiligung deutscher Soldaten am Golf-Krieg, wurde die historische Verantwortung für die Wahrung der Menschenrechte als Motiv der Beteiligung an den Einsätzen auf dem Balkan geltend gemacht.

Dennoch mangle es an einer eindeutigen Rollendefinition des vereinten Deutschlands. Kennzeichnend sei vielmehr ein schwieriger Balanceakt zwischen Dominanzbefürchtungen

der Partner und der notwendigen Verantwortungsübernahme für Sicherheit und Stabilität in Europa. Seiner Rolle als „Mitführungsmacht“ könne Deutschland jedoch nur gerecht werden, wenn es am Kurs kooperativer Politik in Europa festhalte. Nach dem 11. September, den *Haftendorn* nicht mehr berücksichtigen konnte, lässt sich begründet annehmen, dass der „europäische Imperativ“ (Werner *Link*) noch an Bedeutung gewonnen hat. Angesichts der vorherrschenden Tendenz amerikanischer Alleingänge und des damit einhergehenden Bedeutungsverlusts der NATO erscheint eine Balancierung der transatlantischen Beziehungen durch eine Stärkung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) notwendiger denn je. Inwieweit Deutschland hierbei mit seinen europäischen Partnern eine tragende Rolle übernehmen kann, wird maßgeblich davon abhängen, wie sich sein Mitspracheanspruch zu seiner Leistungsfähigkeit verhält.

Helga Haftendorn, Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung 1945–2000, Stuttgart/München: Deutsche Verlags-Anstalt 2001, 536 S., 29,80 EUR.

Deutschland in Europa

MARTIN MANTZKE

Stephan Martens, *Allemagne. La nouvelle puissance européenne*, Paris: Presses Universitaires de France 2002, 202 S., 16,00 EUR.

Deutschland lässt auf Grund seiner besonderen Vergangenheit und seines wirtschaftlichen Gewichts

in der Welt niemanden gleichgültig. Mit dieser Feststellung beginnt der an der Universität Bordeaux lehrende Politikwissenschaftler Stephan *Martens* seine Beschreibung Deutschlands als „neue“, weil souveräne europäische Macht. Geschrieben in erster Linie für ein französisches Lesepublikum und durchaus als Einführung angelegt, widmet sich der Band in vier Kapiteln der Rolle des vereinten Deutschlands in Europa, der Ausstrahlung des Landes auf Europa, seinem Einfluss auf den Prozess der europäischen Einigung sowie schließlich seiner Stellung als „aufgeklärte“ europäische Macht.

Der Autor verfolgt den Weg, den die Bundesrepublik seit der Zeitenwende des Jahres 1989 genommen hat, notiert aufmerksam die Sorgen und Ängste vor einem „deutschen Europa“, die bei einigen ihrer Nachbarn vorhanden waren und sind, fragt danach, wie das Land in der Mitte Europas seiner Aufgabe als Schlüsselement des Gleichgewichts auf dem Kontinent gerecht wird, kurz, wie sich die „Weltmacht wider Willen“ (Christian *Hacke*) entsprechend ihrer Brückenfunktion zwischen Selbstbehauptung und Harmonisierungsbedürfnis verhält.

Breiten Raum nehmen die Beschreibung und Analyse des deutsch-französischen Verhältnisses ein, in dem der Autor ungeachtet aller Irritationen ein Element der Stabilität sieht und das er mit dem Begriff „couple imaginaire, entente obligatoire“ umschreibt. Mit leichtem Bedauern wird konstatiert, dass es dem vereinten Deutschland offenbar leichter falle als Frankreich, seinen Platz im Europa

nach dem Ende des Kalten Krieges zu finden.

Mehr denn je ist das vereinte Deutschland des Jahres 2002 eingebunden in multilaterale, euroatlantische und europäische Strukturen; eine von Erfolg gekrönte Politik kann es nur in engster Abstimmung mit seinen Partnern und Verbündeten betreiben. Die Deutschen, so das optimistische Fazit von *Martens*, haben aus der Geschichte gelernt, auch weil sie erkannt haben, dass Zusammenarbeit und Vertrauen das wirksamste Hindernis für die Rückkehr des Nationalismus sind. Seinen französischen Lesern, denen seit fast einem Jahrhundert der Begriff von den „incertitudes allemandes“ vertraut ist, empfiehlt der Autor für die Beurteilung der „neuen europäischen Macht Deutschland“ den Begriff „certitude“ – Gewissheit.

Globale Herausforderungen – europäische Lösungen

NATALIE SCHULTE

Werner Weidenfeld (Hrsg.), Europa-Handbuch, 2. aktualisierte und völlig neu überarbeitete Auflage, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 2002, 935 S., 35,00 EUR.

Die Europäische Union steht vor großen Herausforderungen. Wie soll die Zukunft Europas aussehen? Die großen Aufgaben, die es zu bewältigen gilt, sind die Erweiterung der EU nach Osten, die Gestaltung des Verhältnisses zu den Nachbarn an den neuen Außengrenzen dieser erweiterten Union, die Neuordnung der Institutionen, die sich u.a. aus der zu er-

wartenden Mitgliederzahl ergibt, sowie die Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Nachdem der Vertrag von Nizza nicht als der erwartete Erfolg gewertet wurde, ist die Aufgabe, neue strategische Ideen für Europas Zukunft zu entwickeln, an den Europäischen Konvent übertragen worden, der seit Februar 2002 unter Leitung von Valéry Giscard d'Estaing tagt. Denn das Fehlen eines neuen strategischen Leitgedankens für die Zukunft des Kontinents scheint die Krux der europäischen Integration zu sein. Dabei steht zu erwarten, dass die kommenden Entwicklungen oder vielmehr das „große Europa“ die Defizite der EU noch sehr viel deutlicher zu Tage treten lassen werden. „Die Geschichte gönnt Europa keine Atempause“ – dieser Einleitungssatz von Werner Weidenfeld beinhaltet die Notwendigkeit einer „Idee Europa“, die auf die drängenden Fragen der neuen Epoche eine Antwort anbieten kann.

Um welche Fragen es sich im Einzelnen handelt, vor welchen Herausforderungen nicht nur die EU selbst, sondern auch ihre Mitgliedstaaten und die Beitrittsaspiranten stehen, versucht das Europa-Handbuch in seiner zweiten, völlig überarbeiteten Auflage zu beleuchten. Das umfangreichste Kapitel des Handbuchs behandelt die „Staatenwelt in Europa“; es beleuchtet die politische und wirtschaftliche Entwicklung einzelner europäischen Staaten. Es wird deutlich, dass in Europa der Nationalstaat noch lange nicht überflüssig geworden ist, da viele seiner politischen und rechtlichen Einrichtungen bisher nicht

durch entsprechende europäische Institutionen ersetzt worden sind. Sie sind, so Hagen Schulze, zudem mehr denn je „Ausdruck jener Pluralität, ohne die Europa sein Wesen verlieren müsste“.

Die weiteren Kapitel zum politischen System der EU, zu ihren Politikbereichen und Außenbeziehungen sowie zu ihrer Zukunft sind im Hinblick auf die aktuellen Fragestellungen gleichermaßen interessant. Die Gliederung ist im Vergleich zur ersten Auflage systematisch weiterentwickelt worden: So wurden Länderberichte zu allen europäischen Staaten eingeführt, die nunmehr alphabetisch aufgelistet sind; das Kapitel Außenbeziehungen der EU wurde vervollständigt, so dass es nun alle Beziehungen der EU zu Drittstaaten und Regionen beinhaltet; um insbesondere die Frage nach der Zukunft der EU zu vertiefen, wurde das gleichnamige Kapitel um drei Beiträge von renommierten europäischen Persönlichkeiten ergänzt. Kommissionspräsident a.D. Jacques Delors, der frühere polnische Außenminister Władysław Bartoszewski sowie Tony Blairs europapolitischer Berater Roger Liddle regen mit ihrer jeweiligen Vision der zukünftigen EU zum Nachdenken an.

In einer veränderten weltpolitischen Kulisse sucht Europa nach seiner neuen Rolle. Das Handbuch zieht an dieser Nahtstelle historischer Entwicklungen eine Bilanz der Integrationschritte, bietet einen Überblick über die wichtigen Akteure und Herausforderungen und versucht, die Vielfalt innerhalb der EU und ihre Konsequenzen zu verdeutlichen.

Zeitschriftenschau

Neue Zeitschriftenaufsätze zur internationalen Politik

- Agüera, Martin:** Deutschlands Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach dem 11. September, in: *Politische Studien*, München. Jg. 53. Nr. 383. Mai/Juni 2002. S. 80–88.
- Arnold, Hans:** Wege und Möglichkeiten künftiger europäischer Sicherheitspolitik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bonn. B24/2002. 14. Juni 2002. S. 22–30.
- Becker, Helmut und Juri Dutka:** Die wirtschaftliche Entwicklung in der Ukraine: Zwischen Reformstau und Fortschritt, in: *Osteuropa Wirtschaft*, Stuttgart. Jg. 47, Juni 2002. Nr. 2. S. 135–148.
- Bhatty, Maqbool Ahmad:** Terrorism and Religious Extremism in South Asia, in: *Regional Studies*, Islamabad. Jg. 20. Nr. 2. Frühjahr 2002. S. 66–81.
- Buras, Piotr:** Deutsch-polnische Beziehungen. Auf dem Weg in die Union, in: *Dialog*, Berlin. Jg. 16. Nr. 60. 2002. S. 12–16.
- Coyle, Philip:** Rhetoric or Reality? Missile Defense Under Bush, in: *Arms Control Today*, Washington DC. Bd. 32. Nr. 4. Mai 2002. S. 3–9.
- Cronin, Audrey Kurth:** Rethinking Sovereignty. American Strategy in the Age of Terror, in: *Survival*, London. Jg. 44. Nr. 2. Sommer 2002. S. 119–139.
- Debiel, Tobias:** Gewalt, Repression und Sicherheit im Schatten des 11. September. Zu globalen und regionalen Auswirkungen des neuen Terrorismus, in: *Nord-Süd aktuell*, Hamburg. Jg. 15. Nr. 1. 2002. S. 63–71.
- Dumbrell, John:** Unilateralism and „America First“? President George W. Bush's Foreign Policy, in: *The Political Quarterly*, Oxford. Jg. 73. Nr. 3. Juli-September 2002. S. 279–287.
- Frank, Rebecca und Helmut Wittelsbürger:** Europapolitische Herausforderungen und die Rolle Spaniens in der EU, in: *KAS-Auslandsinformationen*, Sankt-Augustin. Jg. 18. Nr. 6. 2002. S. 27–35.
- Gati, Charles:** All that NATO can be. To Prague and beyond, in: *National Interest*, Washington DC. Nr. 68. Sommer 2002. S. 79–88.
- Gheur, Charles:** L'Union européenne face au conflit israélo-palestinien, in: *Revue du Marché Commun et de l'Union Européenne*, Paris. Nr. 459. Juni 2002. S. 358–366.
- Guérot, Ulrike:** Schwaches Frankreich – Rückschritte in der Europapolitik, in: *Dokumente*, Bonn. Jg. 58. Nr. 3. Juni 2002. S. 21–23.
- Heintze, Hans-Joachim:** EU-Minderheitenpolitik und kollektive Minderheitenrechte, in: *Osteuropa*, Stuttgart. Jg. 52. Nr. 5. Mai 2002. S. 598–605.
- Ifantis, Kostas:** Understanding International Politics after the 11 September Terrorist Attacks, in: *Perceptions*, Ankara. Jg. 7. März-Mai 2002. Nr. 1. S. 101–115.
- Kempe, Iris:** Die EU und Russland nach dem 11. September, in: *Europäische Rundschau*, Wien. Jg. 30. Frühjahr 2002. Nr. 2. S. 107–118.
- Kolboom, Ingo:** Deutsch-französische Beziehungen und (k)ein Ende ..., in: *Dokumente*, Bonn. Jg. 58. Nr. 4. August 2002. S. 54–59.
- Köllner, Patrick:** Reformpolitik am Scheideweg. Die Regierung Koizumi nach einem Jahr, in: *Japan aktuell*, Hamburg. Juni 2002. Nr. 3. S. 254–264.
- Kreft, Heinrich:** Vom Kalten zum „Grauen Krieg“. Paradigmenwechsel in der amerikanischen Außenpolitik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bonn. B25/2002. 21. Juni 2002. S. 14–22.
- Krippendorff, Ekkehart:** Die Vereinigten Staaten und Israel. Projektionsflächen für Hoffnung und Hass, in: *Blätter für deutsche*

- und internationale Politik, Bonn. Jg. 47. Nr. 8. August 2002. S. 943–953.
- Kurlantzick, Joshua: China. Economic Power, Political Enigma, in: *Washington Quarterly*, Washington DC. Jg. 25. Sommer 2002. Nr. 2. S. 59–67.
- Lansford, Tom: The Great Game Renewed? US-Russian Rivalry in the Arms Trade of South Asia, in: *Security Dialogue*, London. Jg. 33. Nr. 2. Juni 2002. S. 127–140.
- Larose, Martin und Paul Létourneau: L'Allemagne et le Kosovo. Entre l'éthique et la raison d'Etat?, in: *Etudes internationales*, Québec. Jg. 33. Nr. 2. Juni 2002. S. 275–301.
- Lind, Michael: Die Israel-Lobby in den Vereinigten Staaten, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Bonn. Jg. 47. Nr. 6. Juni 2002. S. 685–697.
- Lugar, Richard G.: Redefining NATO's Mission. Preventing WMD Terrorism, in: *Washington Quarterly*, Washington DC. Jg. 25. Sommer 2002. Nr. 2. S. 7–13.
- Martens, Stephan: L'Allemagne et l'est européen. Le défi d'une configuration intégrative de l'Europe, in: *Revue d'études comparatives Est-Ouest*, Paris. Jg. 32. September 2001. Nr. 3. S. 23–55.
- Meiers, Franz Josef: Was zählt und wer zählt nach dem 11. September 2001, in: *Europäische Sicherheit*, Bonn. Jg. 51. August 2002. Nr. 8. S. 8–12.
- Mielke, Friederich: Die USA in Saudi-Arabien. Krise einer strategischen Beziehung, in: *Rissener Einblicke*, Hamburg. Nr. 4–5. April/Mai 2002. S. 52–63.
- Olsen, Edward A.: „Axis of Evil“: Impact on U.S.-Korean Relations, in: *Korea and World Affairs*. Seoul. Jg. 26. Sommer 2002. Nr. 2. S. 184–197.
- Pradetto, August: Internationale Gemeinschaft und Hegemonialmacht. UNO und USA nach dem 11. September 2001, in: *Rissener Einblicke*, Hamburg. Nr. 6–7. Juni/Juli 2002. S. 25–46.
- Reuter, Jens: Der jüngste jugoslawische Nachfolgestaat: Serbien und Montenegro, in: *Südosteuropa*, München. Jg. 51. Heft 1–3. 2002. S. 114–121.
- Sandschneider, Eberhard: China's Diplomatic Relations with the States of Europe, in: *The China Quarterly*, Cambridge. Nr. 169. März 2002. S. 10–32.
- Schilling, Walter: Europa und die Frage der Einwanderung, in: *Europäische Rundschau*, Wien. Jg. 30. Sommer 2002. Nr. 3. S. 95–100.
- Senti, Richard: Issues Surrounding the US-EU Steel Conflict, in: *Intereconomics*, Baden-Baden. Jg. 37. Nr. 3. Mai-Juni 2002. S. 124–127.
- Stubbs, Richard: ASEAN plus three. Emerging East Asian Regionalism?, in: *Asian Survey*, Berkeley CA. Jg. 42. Nr. 3. Mai/Juni 2002. S. 440–455.
- Tandonnet, Maxime: Quelle régulation des migrations au niveau international, in: *Cahiers Français*, Paris. Nr. 307. März-April 2002. S. 87–92.
- Ufen, Andreas: Der lange Weg Ost-Timors zur Unabhängigkeit 1974–2002, in: *Südostasien aktuell*, Hamburg. Jg. 21. Nr. 3. Mai 2002. S. 262–280.
- Umbach, Frank: Chinas Aufrüstung, in: *Der Überblick*, Hamburg. Jg. 38. Juni 2002. S. 76–82.
- Unterberger, Andreas: Österreichs Außenbeziehungen gegenüber Zentral- und Osteuropa seit 1995, in: *Europäische Rundschau*, Wien. Jg. 30. Frühjahr 2002. Nr. 2. S. 41–50.
- Voigt, Karsten: EU-USA. Transatlantische Beziehungen in der Bewährungsprobe, in: *Integration*, Bonn. Jg. 25. Nr. 3. Juli 2002. S. 238–243.
- Zimmermann, Ekkart: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland, in: *Deutschland Archiv*, Leverkusen. Jg. 35. Nr. 3. 2002. S. 385–400.

Zusammengestellt von
Verena Schrader, Bibliothek und
Dokumentationsstelle der Deutschen
Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.